



Inhaltsverzeichnis

14.11.2025	thueringer-allgemeine.de: Sömmerdas Landrat Karl: „Mit allen Mitteln gegen ein Atommüllendlager im Thüringer Becken“	3
14.11.2025	MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine): Suche nach Atommüllendlager: Im Havelland werden noch zwei Gebiete geprüft	5
17.11.2025	Märkische Allgemeine - Brandenburg an der Havel und Hoher Fläming: Weite Teile des Kreises taugen nicht für Endlager	7
17.11.2025	Kölnische Rundschau Köln linksrheinisch: Castoren rollen früher durch NRW	9
16.11.2025	HAZ.de (Hannoversche Allgemeine Zeitung): Hemmingen als Atommüll-Endlager? Stadtverwaltung sieht „keine Gefahr“	10
15.11.2025	Der Bote für Nürnberg-Land: Für Endlager wenig geeignet	11
14.11.2025	AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide): Endlager-Suche bei Wittingen Entspannung ohne Entwarnung	12
14.11.2025	Ems-Vechte-Welle: UKW 99,3: Standortauswahl für Endlager für hochradioaktive Abfälle: Mülbrecht Breer und Polat fordern schnellere Untersuchung von unbewerteten Flächen	14
14.11.2025	Stuttgarter Nachrichten: Endlagersuche in der Region: Kein Atommüll in Herrenberg	14
14.11.2025	Gäubote: Endlager für hochradioaktive Abfälle: Herrenberger Flächen werden nicht weiterverfolgt	15
15.11.2025	Terz: Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus	16

Atommüll

Sömmerdas Landrat Karl: „Mit allen Mitteln gegen ein Atommüllendlager im Thüringer Becken“

Landkreis will Bundesgesellschaft mit von Experten gesammelten Fakten und Argumenten überzeugen: „Wir sind ungeeignet!“ Kreistagsresolution von 2021 ist weiter in Kraft.

Armin Burghardt

Oben alles mit Windkraftanlagen „verspargelt“ oder durch Freiflächenphotovoltaikanlagen „verspiegelt“ und drunter von Atommüll „verstrahlt“? Dieses zugespitzte Horrorszenario könnte für den **Landkreis Sömmerda** wie auch für Teile des Unstrut-Hainich-Kreises, des Kyffhäuserkreises und des Landkreises Gotha weiter an Realität gewinnen.

Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) hat Anfang November (3.11.) ihren aktuellen Arbeitsstand bei der bundesweiten Suche nach dem Standort für ein Endlager für **hochradioaktive Abfälle** öffentlich gemacht. Weite Teile des Landkreises Sömmerda im Thüringer Becken kommen demnach weiterhin für die Endlagerung in Frage. Der Kreis ist als „Gebiet ist in Bearbeitung“ erfasst. Die Prüfschritte 1 und 2 der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) seien „weitgehend bestanden“. Die interaktive Karte (Endlager Navigator) umfasst ein zusammenhängendes Gebiet um Kindelbrück, Weißensee, Wundersleben bis Haßleben und weiter über Sömmerda, Vogelsberg, Klein- und Großneuhausen bis Kölleda.

„Das, besonders die Größe, hat mich überrascht und betroffen gemacht“, sagt **Landrat Christian Karl (CDU)** am Freitag (14.11.). „Das tut es auch heute noch“, ergänzt er. Karl hatte damit gerechnet, bereits in der Kreistagsitzung am 5. November auf das brisante Thema angesprochen zu werden. Er hatte die von der BGE veröffentlichte Karte ausgedruckt zwischen den Sitzungsun-

terlagen dabei. Doch damals arbeitete sich das Gremium nur hitzig an der Frage der Gebühren für die Rest- und Biomüllentsorgung ab 1. Januar 2026 im Landkreis ab.

Kein Wort fiel zum Atommüll – wobei es nicht so ist, als ob das Gremium sich nicht schon früher zur Problematik geäußert hätte. Bereits im Juli 2021 hatte sich der Kreistag gegen ein Endlager auf dem Territorium des Kreises ausgesprochen, auf **geologische Störungen** und **Hochwasser** gefährdungen hingewiesen und auch auf ein **Erdbeben** Mitte des 19. Jahrhunderts Bezug genommen, das nach heutiger Bewertung eine 7 auf der Richterskala hätte. Im Dezember 2022 war das Thema noch einmal aufgegriffen worden.

„Der Ablehnungsbeschluss ist weiter in Kraft“, betont Christian Karl. Er will jetzt aber nicht untätig abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln. „Es macht mir Sorge. Wir müssen mit allen möglichen Mitteln dagegen vorgehen“, sagt er. Man könne nicht davon ausgehen, dass sich innerhalb des nächsten Jahres von allein alles in Wohlgefallen auflöse und Sömmerda aus der Liste der potenziellen Standorte herausfalle. „Das kann zwar sein und es wäre mein Wunsch, aber wir wollen alles dafür tun, dass es auch wirklich so kommt“, so der Landrat. Die **Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen** sieht er eher nicht als Mitspielerin in dieser Angelegenheit. „Das müssen wir schon selbst in die Hand nehmen“, sagt er.

Karl hat angekündigt, ein Landkreis-eigenes **Expertengremium** ins Leben zu rufen, das Fakten sammelt, die gegen die Region als Atommüllendlagerstandort sprechen. Die Argumente sollen dann, nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“, der BEG kontinuierlich und wohl dosiert zugearbeitet werden. „Wir kennen die Region und ihre Geologie sehr gut, werden uns aber auch externer Unterstützung versichern“, sagt Karl über die Zusammensetzung der Fachleutegruppe.

Dass der Landkreis Sömmerda überhaupt und noch so lange in dem Rennen ist, das er unbedingt verlieren möchte, liegt laut Gerhard Fuchs, Leiter des Umweltamts des Landkreises, einerseits an der Akribie, mit der der Geologische Dienst der DDR Daten erfasst hat. Fuchs: „Die sind eben da und haben das Arbeiten erleichtert.“ Andererseits ist ausgerechnet das Thüringer Becken eine der **Referenzregionen**, anhand derer die Methoden und Kriterien modellhaft aufgestellt wurden. Davon gibt es vier. Neben dem Thüringer Becken sind das der **Salzstock Bahlburg** in Niedersachsen, das sogenannte **Saxothuringikum**, das sich von Baden-Württemberg bis Sachsen erstreckt, und der **Opalinuston** in Gebieten Baden-Württembergs und Bayerns.

2026 plant die BGE einen weiteren Arbeitsstandsbericht, 2027 will sie dann laut Mitteilung „einige wenige Standortregionen für die **übertägige Erkundung** vorschlagen“. Diese erfolge durch Anwendung von geowissenschaftlichen Messmethoden, wie

Schallwellen in den Untergrund (3D-Seismik) und Bohrungen.

„Dann möchten wir nicht mehr dabei sein“, hofft Christian Karl für 2026 und spätestens für 2027.

schließen, dass über einen Zeitraum von einer Million Jahren Radioaktivität wieder an die Oberfläche austritt.

Der Endlagerstandort soll bis Mitte des Jahrhunderts gefunden sein und aus-

Wörter:	683	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Armin Burghardt	Visits (VpD) ¹ :	313.843
Ressort:	Online		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/soemmerda/article410457920/soemmerdas-landrat-karl-mit-allem-mitteln-gegen-ein-atommuellendlager-im-thueringer-becken.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

Kostenfrei bis 19:09 Uhr lesen, Endergebnis wird noch lange auf sich warten lassen

Suche nach Atommüllendlager: Im Havelland werden noch zwei Gebiete geprüft

Havelland

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist auf der Suche nach einem sicheren Ruheort für Atommüll. Dabei hatten die Experten auch den Landkreis Havelland im Fokus. Ein aktueller Bericht der Gesellschaft gibt Auskunft, ob und wo Atommüll gelagert werden kann.

Eine Million Jahre - so lange soll der Atommüll lagern, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) abschließend passende Standorte definiert hat. Dazu gibt es jedes Jahr einen Zwischenbericht. Der hatte immer wieder für Aufregung gesorgt, denn das Havelland wurde von der BGE genau unter die Lupe genommen.

Dazu lohnt ein Blick zurück: Im Herbst 2020 hat die Bundesgesellschaft für eine Endlagersuche den ersten Arbeitsstand und einen Zwischenbericht „Teilgebiete“ vorgelegt. Dieser Bericht hatte 90 Gebiete in Deutschland auf einer Liste, die günstige geologische Bedingungen für die Endlagerung von Atommüll erwarten lassen.

Premnitz und Milower Land kommen für Endlager nicht mehr infrage
Die Region Westhavelland gehörte dazu, ebenso Teile der Prignitz und Teile von Potsdam-Mittelmark. Damals sah sich der Premnitzer Bürgermeister Ralf Tebling (SPD) zu regelmäßigen Informationen veranlasst.

„In der Stadtverordnetenversammlung Premnitz soll man wissen, dass auch die Landkreise Havelland und Ostprignitz-Ruppin sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel gelistet sind“, hatte Tebling erklärt.

Letzte Entscheidung zwischen 2046 und 2068

Im aktuellen Bericht der BGE wird klargemacht, dass die finale Standortentscheidung nicht schnell fallen wird. Eigentlich sollte das im Jahr 2031 passieren, inzwischen hat die Bundesbehörde eine Zeitspanne von 2046 bis 2068 für die Standortentscheidung festgelegt – es dauert also noch.

Frühestens Ende 2027 will die Bundesgesellschaft Orte benennen, die sich in Deutschland für ein Endlager eignen. Die Prüfung der Teilgebiete erfolgt in mehreren Schritten. Wenn bei der Prüfung ein Schritt nicht erfolgreich absolviert wird, fällt das Teilgebiet aus der Liste.

Auf der Internetseite der BGE kann man auf einer interaktiven Karte genau verfolgen, wie weit die Prüfung einzelner Teilgebiete vorangekommen ist.

Die Prüfungsschritte 1 und 2 sind in Süddeutschland weitgehend abgeschlossen. Bis auf verschiedene Teilflächen, die jetzt einem dritten Prüfungsschritt unterzogen werden. Diese sind in der Karte blau hinterlegt.

Grau hinterlegt sind Gebiete, die gerade untersucht werden oder die noch untersucht werden müssen. Das betrifft weite Teile von Norddeutschland.

Zurück zum Havelland: Die interaktive Karte ist hier schon fast vollständig. Weite Teile des Landkreises, auch bei Premnitz und Milower Land, kommen nach den ersten Prüfungsschritten für

ein Endlager nicht mehr infrage. In der Karte sind diese rot oder orange gefärbt.

Es gibt aber noch einige Bereiche, die grau hinterlegt, mithin noch nicht untersucht sind. Dazu zählt ein schmaler Streifen bei Stechow-Ferchesar und einige Gemeindegebiete im Osthavelland rund um Berlin zwischen Kremmen und Falkensee.

Für diese Regionen könne jetzt noch keine Aussage getroffen werden, heißt es bei der BGE. Iris Graffunder, Geschäftsführerin der Gesellschaft, bittet um Geduld: „Die BGE sucht den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für das Endlager. Diese Adresse kennen wir noch nicht.“

In der Prignitz und rund um Brandenburg gibt es ebenfalls noch Flächen, die bisher nicht untersucht worden sind. Einige Gebiete, die 2022 noch im Gespräch waren, sind inzwischen aus der Liste gefallen.

Untersuchungen im Landkreis Stendal

In direkter Nachbarschaft zum Landkreis Havelland ist der Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt. Hier haben tatsächlich einige Regionen nahe der Elbe den ersten Prüfungsschritt bestanden, den zweiten aber nicht. Zudem gibt es noch eine große Fläche zwischen Klietz und Jerichow, die noch nicht untersucht ist.

Wer will, kann sich bei einer Online-Tagung genauer informieren. Das vierte Forum Endlagersuche findet am 21. und 22. November statt. Alle Informationen rund um die Anmeldung und das aktu-

elle Programm sind forum-endlagersuche.de zu finden.

Im Havelland darf man vorsichtig optimistisch sein, dass der Boden nicht für

ein Endlager taugt oder die Fläche zu klein ist.

MAZ

Wörter:	580	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Joachim Wilisch	Visits (VpD) ¹ :	3.458.294
Ressort:	Kostenfrei bis 19:09 Uhr lesen		
Rubrik:	Rathenow		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.maz-online.de/lokales/havelland/rathenow/atommuell-endlager-suche-im-havelland-zwei-gebiete-in-pruefung-KC34CIQ2ENBYDP5ZMXZZ2LZHX.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

Weite Teile des Kreises taugen nicht für Endlager

Bundesgesellschaft für Endlagersuche hat sich den Kreis genau angesehen und viele Flächen abgehakt

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist auf der Suche nach einem sicheren Ruheort für Atommüll. Dabei hatten die Experten auch den Landkreis Havelland im Fokus. Ein aktueller Bericht der Gesellschaft gibt Auskunft, ob und wo Atommüll gelagert werden kann.

Eine Million Jahre - so lange soll der Atommüll lagern, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) abschließend passende Standorte definiert hat. Dazu gibt es jedes Jahr einen Zwischenbericht. Der hatte immer wieder für Aufregung gesorgt, denn das Havelland wurde von der BGE genau unter die Lupe genommen.

Dazu lohnt ein Blick zurück: Im Herbst 2020 hat die Bundesgesellschaft für eine Endlagersuche den ersten Arbeitsstand und einen Zwischenbericht „Teilgebiete“ vorgelegt. Dieser Bericht hatte 90 Gebiete in Deutschland auf einer Liste, die günstige geologische Bedingungen für die Endlagerung von Atommüll erwarten lassen.

Die Region Westhavelland gehörte dazu, ebenso Teile der Prignitz und Teile von Potsdam-Mittelmark. Damals sah sich der Premnitzer Bürgermeister Ralf Tebling (SPD) zu regelmäßigen Informationen veranlasst.

„In der Stadtverordnetenversammlung Premnitz soll man wissen, dass auch die Landkreise Havelland und Ostprignitz-Ruppin sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel gelistet sind“, hatte Tebling erklärt.

Letzte Entscheidung zwischen 2046 und 2068

Im aktuellen Bericht der BGE wird klargestellt, dass die finale Standortentscheidung nicht schnell fallen wird. Eigentlich sollte das im Jahr 2031 passie-

ren, inzwischen hat die Bundesbehörde eine Zeitspanne von 2046 bis 2068 für die Standortentscheidung festgelegt - es dauert also noch.

Frühestens Ende 2027 will die Bundesgesellschaft Orte benennen, die sich in Deutschland für ein Endlager eignen. Die Prüfung der Teilgebiete erfolgt in mehreren Schritten. Wenn bei der Prüfung ein Schritt nicht erfolgreich absolviert wird, fällt das Teilgebiet aus der Liste.

Auf der Internetseite der BGE kann man auf einer interaktiven Karte genau verfolgen, wie weit die Prüfung einzelner Teilgebiete vorangekommen ist.

Die Prüfungsschritte 1 und 2 sind in Süddeutschland weitgehend abgeschlossen. Bis auf verschiedene Teilflächen, die jetzt einem dritten Prüfungsschritt unterzogen werden. Diese sind in der Karte blau hinterlegt.

Grau hinterlegt sind Gebiete, die gerade untersucht werden oder die noch untersucht werden müssen. Das betrifft weite Teile von Norddeutschland.

Zurück zum Havelland: Die interaktive Karte ist hier schon fast vollständig. Weite Teile des Landkreises, auch bei Premnitz und Milower Land, kommen nach den ersten Prüfungsschritten für ein Endlager nicht mehr infrage. In der Karte sind diese rot oder orange gefärbt.

Es gibt aber noch einige Bereiche, die grau hinterlegt, mithin noch nicht un-

tersucht sind. Dazu zählt ein schmaler Streifen bei Stechow-Ferchesar und einige Gemeindegebiete im Osthavelland rund um Berlin zwischen Kremmen und Falkensee.

Für diese Regionen könne jetzt noch keine Aussage getroffen werden, heißt es bei der BGE. Iris Graffunder, Geschäftsführerin der Gesellschaft, bittet um Geduld: „Die BGE sucht den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für das Endlager. Diese Adresse kennen wir noch nicht.“

In der Prignitz und rund um Brandenburg gibt es ebenfalls noch Flächen, die bisher nicht untersucht worden sind. Einige Gebiete, die 2022 noch im Gespräch waren, sind inzwischen aus der Liste gefallen.

Untersuchungen im Landkreis Stendal

In direkter Nachbarschaft zum Landkreis Havelland ist der Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt. Hier haben tatsächlich einige Regionen nahe der Elbe den ersten Prüfungsschritt bestanden, den zweiten aber nicht. Zudem gibt es noch eine große Fläche zwischen Klietz und Jerichow, die noch nicht untersucht ist.

Wer will, kann sich bei einer Online-Tagung genauer informieren. Das vierte Forum Endlagersuche findet am 21. und 22. November statt. Alle Informationen rund um die Anmeldung und das aktuelle Programm sind forum-endlagersuche.de zu finden.

Im Havelland darf man vorsichtig optimistisch sein, dass der Boden nicht für ein Endlage taugt oder die Fläche zu klein ist.

Wörter:	636	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Joachim Wilisch tmt6hzxwauddlz10rhe0ogi	Auflage ¹ :	5.883 (gedruckt) 7.328 (verkauft) 9.562 (verbreitet)
Seite:	17	Reichweite ² :	0,04819 (in Mio)
Ressort:	Lokales		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Castoren rollen früher durch NRW

Transport des Atommülls noch vor abschließendem Gerichtsurteil geplant

VON TOBIAS BLASIOUS

Düsseldorf. Die umstrittenen Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus starten offenbar früher als erwartet. Wie dieser Zeitung aus Kreisen bestätigt wurde, die mit der Organisation der Atommüllverlagerung quer durch NRW betraut sind, will das beauftragte Speziallogistikunternehmen Orano NCS bereits Ende November die ersten Lkw fahren lassen.

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin über den von der Umweltorganisation BUND eingereichten Eilantrag gegen die Beförderung von knapp 300.000 radioaktiven Brennelementen soll demnach ausdrücklich nicht mehr abgewartet werden. Die Geschäftsführung von Orano NCS wollte sich auf Anfrage nicht äußern.

Berliner Richter könnten "Hängebeschluss" fassen

Ein Sprecher der verantwortlichen Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) sagte, man bewege sich im "rechtlichen Korsett einer unverzüglichen Räumungsanordnung".

Da die formalen Voraussetzungen für die Transporte vorlägen und die Transportgenehmigung auf zwei Jahre befristet sei, "sind wir gehalten, diese nun auch voranzutreiben".

Details zu möglichen Transportterminen seien von den Sicherheitsbehörden als Verschlussache eingestuft worden.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin hat in der Tat keine aufschiebende Wirkung. Allerdings könnten die Richter einen sogenannten "Hängebeschluss" fassen, wenn sie Kenntnis vor dem frühzeitigen Transportstart erlangen sollten. So würde verhindert, dass Fakten geschaffen werden, bevor über die BUND-Einwände überhaupt geurteilt werden konnte.

Im Sommer hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin die Genehmigung für den Transport der 152 Castoren erteilt. In Jülich lagern die Brennelemente-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor seit zwölf Jahren ohne entsprechende Zulassung.

Polizei fürchtet Protestaktionen

Bund und Land hatten sich über Bau und Finanzierung eines regulären Zwischenlagers in Jülich nicht verständigen können, so dass der Transport an den zumindest bis 2036 genehmigten Standort Ahaus unausweichlich wurde. Ein Endlager für den radioaktiven Müll ist jedoch noch nicht in Sicht, so dass in einigen Jahren weitere Verlegungen wahrscheinlich sind.

Da pro Transporteinheit nur drei Castoren aus Jülich mitgenommen werden können, wird die Logistik mutmaßlich zwei Jahre in Anspruch nehmen. Die genaue Route für die nächtlichen Transporte will die Polizei aus Sicherheitsgründen nicht nennen, da mit Protesten aus der Umweltbewegung gerechnet wird. Die 170 Kilometer lange Strecke dürfte aber in jedem Fall durch den Ballungsraum Rhein-Ruhr führen, so dass Experten Blockadeaktionen fürchten. Längere Sperrungen könnten hier erhebliche Folgen für den Berufsverkehr haben.

Wirtschaft Seite 7

Wörter:	358	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	TOBIAS BLASIOUS	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	1	Auflage ¹ :	4.536 (gedruckt) 4.007 (verkauft) 4.036 (verbreitet)
Rubrik:	POL	Reichweite ² :	0,02951 (in Mio)
Seitentitel:	Frühausgabe,Spätausgabe		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Kostenfrei bis 14:56 Uhr lesen, Standortsuche für hochradioaktiven Abfall

Hemmingen als Atommüll-Endlager? Stadtverwaltung sieht „keine Gefahr“

Hemmingen

Könnte ausgerechnet Hemmingen, die im Hinblick auf die Fläche kleinste Kommune der Region Hannover, ein Endlager für Atommüll werden? Fakt ist: Der Standort wäre dafür potenziell geeignet. Allerdings gibt die Stadtverwaltung Entwarnung.

„Keine Gefahr“ – so kommentiert Markus Richter die Wahrscheinlichkeit, dass Hemmingen ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll werden könnte. Der Leiter der Abteilung Stadtentwicklung und Klimaschutz in der Hemminger Stadtverwaltung erklärte jetzt in einem Ratsausschuss, es sei „ziemlich ausgeschlossen“, dass die Wahl auf Hemmingen falle.

Wer den „Endlagersuche-Navigator“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung im Internet auf bge.de aufruft, sieht dort zwar einen Eintrag bei Hemmingen. Doch andere große Teile der Region Hannover kommen demnach

ebenfalls infrage – darunter auch der Marienberg in Pattensen. Mögliche Flächen liegen zudem in den Landkreisen Peine, Schaumburg, Diepholz, Osnaabrück und im Emsland.

Dichte Besiedelung spricht gegen Endlager in Hemmingen

Richter erklärte, das genannte Hemminger Gebiet sei in Bearbeitung; das bedeute, die Untersuchungen seien fast abgeschlossen. Wegen des Vorkommens von sogenanntem prätertärem Tongestein sei die Gegend zwar potenziell geeignet. Dennoch schließe die Stadtverwaltung Hemmingen als Endla-

gerstandort aus – vor allem wegen der dichten Besiedelung und der unmittelbaren Nähe zu Hannover.

Bis Mitte 2026 soll sich entscheiden, welche Gebiete endgültig ganz ausgeschlossen werden können. Ende 2027 will die Bundesgesellschaft dann konkrete mögliche Standorte für die Endlagerung des Atommülls nennen, der in deutschen Atomkraftwerken angefallen ist. Bis spätestens 2050 soll ein Standort gefunden werden.

HAZ

Wörter:	220	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Andreas Zimmer	Visits (VpD) ¹ :	3.458.294
Ressort:	Kostenfrei bis 14:56 Uhr lesen	Unique Users (UUpD) ² :	349.000
Rubrik:	Hemmingen		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.haz.de/lokales/umland/hemmingen/hemmingen-als-atommuell-endlager-stadtverwaltung-sieht-keine-gefahr-TPGQDUGFL5DN7M4UTMPVWHPLLA.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Für Endlager wenig geeignet

ATOMMÜLL Untersuchung des Gesteins im Landkreis wird nach „ungünstiger“ Prognose nicht mehr weiterverfolgt.

NEUMARKT - Die Suche nach einem deutschen Atommüll-Endlager wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Anfang November 2025 hat die damit beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen neuen Zwischenstand veröffentlicht. Hatte die Oberpfalz und damit der Landkreis Neumarkt vor einem Jahr noch den Status „in Bearbeitung“, so wurde ganz Mittelbayern inzwischen im Rahmen der „repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen“ kategorisiert und als wenig geeignet für die Endlagerung von hoch radioaktiven Stoffen eingestuft. Mit ganz wenigen Ausnahmen.

„Wir sind raus.“ Ein anderes Urteil der BGE zum Landkreis Neumarkt hätte Michael Gottschalk auch extrem überrascht. Denn selbst dem geologischen Laien ist es offenkundig: Die als „Oberpfälzer Jura“ bekannte Karstlandschaft mit ihrer porösen Gesteinsformation und die dicken Flugsandschichten vor dem Albtrauf eignen sich wohl kaum für die unterirdische Lagerung von Atommüll. „Das war nie ernsthaft ein The-

ma“, erklärt der Sprecher des Neumarkter Landratsamts.

Trotzdem beruhigend, die Diagnose nun schwarz auf weiß vorliegen zu haben. Oder besser gesagt: in Gelb. Denn in Gelb ist die westliche Oberpfalz und auch das angrenzende Mittelfranken auf der aktualisierten Karte mit den Arbeitsständen aus den vorläufigen Untersuchungen eingefärbt. Das heißt: „Kategorie C“ und damit „Prüfschritt 2 nicht bestanden/geringe Eignung“.

Anhand von Bohrungsdaten und 3D-Modellen hatte die BGE festgestellt, dass die Schicht aus Sedimentgesteinen im Landkreis Neumarkt mächtiger als 200 Meter ist. Damit seien die Bedingungen „für eine verlässliche Charakterisierung der kristallinen Wirtsgesteinseinheiten im Liegenden“, die für ein Endlager in Betracht gezogen werden (wie Granit oder Gneis), „mithilfe zukünftiger Erkundungen ungünstig“.

Verbindlich will sich die BGE mit dieser Einstufung noch nicht festlegen. Doch

wird eine Untersuchung gelber Gebiete wegen wenig geeigneter geologischer Bedingungen nicht weiter verfolgt. Vielmehr konzentriert sich die Suche auf die verbliebenen rund 25 Prozent der Fläche Deutschlands, die noch infrage kommen. Diese Gebiete befinden sich vor allem in Norddeutschland. Es gibt aber auch noch größere Flecken in den Landkreisen Schwandorf und Cham, die den „Prüfschritt 1 und 2 überstanden“ haben und „weiter bearbeitet“ werden.

Laut einem Bericht der dpa soll bis spätestens 2050 ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Atommüll gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren Atomkraftnutzung angefallen ist. Der Standort soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Derzeit lagert deutscher Atommüll in 16 oberirdischen Zwischenlagern. Das Nächstgelegene befindet sich keine 100 Kilometer entfernt von Neumarkt: auf dem Gelände des 2023 abgeschalteten Kernkraftwerks Isar bei Landshut.

Wörter: 394
Autor/-in: VON NICOLAS DAMM
Seite: 5 bis 5
Rubrik: LOKAL
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: 20251115
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.602 (gedruckt)
6.043 (verkauft)
6.179 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01309 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Endlager-Suche bei Wittingen Entspannung ohne Entwarnung

Endlager-Suche bei Wittingen: Entspannung ohne Entwarnung Einige potenzielle Standorte in der Region sind schon „raus“ – aber nicht alle / Wenig Resonanz auf Info-Abend im Hotel Nöhre

Man hätte die Veranstaltung vielleicht im Kindergarten oder in der Grundschule anbieten sollen, denn dort spielen und lernen die, die die ganze Sache einmal betreffen könnte. Aber das wäre aus naheliegenden Gründen keine gute Idee, und so richtete sich die Endlager-Info-Veranstaltung, zu der die Stadt Wittingen am Dienstag eingeladen hatte, natürlich an die Generation der Erwachsenen. Doch die kamen nicht besonders zahlreich in den Saal des Hotels Nöhre – und unter den 27 Zuhörern waren viele aus Politik und Verwaltung im Kreisgebiet.

Liegt das also alles noch zu weit in der Zukunft, weil ein Endlager-Standort nach aktuellem Stand der Dinge erst um 2050 festgelegt werden wird? Herrscht die verbreitete Annahme, dass der Kelch ohnehin an der Region vorbeigehen wird? Ist die Luft raus, weil der lange Zeit als potenzielles Endlager gehandelte Salzstock Waddekath im Prinzip aus dem Rennen ist?

In der Tat: Nach dem jüngsten Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat sich die Lage aus Nordkreis-Sicht ein wenig entspannt. Völlige Entwarnung bedeutet das indes nicht. Für Stadtbürgermeister Andreas Ritter war es denn auch ein wichtiges Anliegen, an dem Thema dranzubleiben, damit die Region sich gegebenenfalls argumentativ für den Fall rüstet, dass ein Teilgebiet in dieser Gegend am Ende in die engere Auswahl kommt. Eingeladen hatte er des-

halb Dagmar Dehmer, die bei der BGE die Öffentlichkeitsarbeit leitet.

Teilgebiete heißen die bundesweit 90 bisher von der BGE identifizierten Gesteinsformationen, die – nach Aktenlage – aus geologischer Sicht für ein Endlager in Frage kommen könnten. Nach dem jüngsten Zwischenbericht (das IK berichtete) sind manche nicht mehr im Rennen, weil sie sich nach genauerer Prüfung als wenig geeignet oder gar ungeeignet erwiesen haben.

Die gute Nachricht für Wittingen: Neben dem Salzstock Waddekath sind – zumindest in diesem Bereich – auch zwei der drei großflächigen Tongestein-Formationen „raus“, die sich unter anderem unter dem Nordkreis erstrecken. Das gilt unter dem Wittinger Land für das Mitteljura-Tongestein (Dogger) ebenso wie für die „Braunschweig-Gifhorner Störungszone“. Wie Dehmer betont, sagt das noch nichts über die mögliche Eignung dieser Formationen an anderer Stelle aus. Eine große Unbekannte ist noch das „Tertiäre Tongestein“ (Teilgebiet 004), das sich unter großen Teilen Norddeutschlands erstreckt, auch bis nach Sachsen-Anhalt hinein. Die Eignung dieser Formation unter dem Landkreis Gifhorn ist noch nicht abschließend untersucht.

Noch in Bearbeitung sind laut Dehmer auch die Salzstöcke Wittingen, Vorhop, Wesendorf und Nettgau. Kriterien sind, wie sie am Dienstag in Wittingen erläuterte, neben der „Dichtigkeit“ (Grenzwerte für Durchlässigkeit werden geprüft) auch die Ausdehnungen der jeweiligen geologischen Formationen. In Steinsalz reichen demnach 3 Quadratkilometer unter Tage, bei Kristallgestein sollten es 6 bis 8 Quadratkilome-

ter sein, in Tongestein werden mindestens 10 Quadratkilometer gebraucht.

Größe ist nicht alles, doch mit der Ausdehnung wächst die Wahrscheinlichkeit, einen ausreichend dimensionierten Bereich zu finden, der frei ist von geologischen Störungen. Waddekath zum Beispiel bietet laut Dehmer trotz seiner 19 Quadratkilometer keine ausreichend große homogene Fläche. Ein Experte des Landkreises Gifhorn hatte vor vier Jahren bereits die Salzstöcke Wittingen (14 qkm), Wesendorf (6 qkm) und Nettgau (8 qkm) als möglicherweise zu klein bewertet. Etwas anders könnte es im Vorhoper Fall (24 qkm) aussehen, doch dort könnten wie auch bei Wittingen und Wesendorf Bohrungen gegen eine Eignung als Endlager sprechen.

Wichtig zu wissen: Wo ein Salzstock aus dem Rennen ist, muss das für die geografische Lage an sich noch nicht gelten. Denn die Gesteinsformationen, die noch untersucht werden, liegen zum Teil übereinander. Die Tatsache, dass sich unter dem Nordkreis auch das „Tertiäre Tongestein“ erstreckt, bedeutet aber nicht viel mit Blick auf etwaige Wahrscheinlichkeiten, da dieses Teilgebiet von Sylt bis hinunter ins Emsland und in Richtung Osten bis vor die Tore Berlins und an die mecklenburgische Küste reicht.

Sollte eines Tages ein Standort im Kreisgebiet ernsthafter Kandidat für ein Endlager werden, wird eine Regionalkonferenz einberufen, in der alle Einwohner über 16 Jahren Stimmrecht haben, und in der Einsprüche formuliert werden können. Ob es dazu kommt – völlig offen.

Wörter: 645
Autor/-in: Holger Boden
Rubrik: Wittingen
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 7.961.272

Weblink: <https://www.az-online.de/isenhagener-land/wittingen/endlager-suche-bei-wittingen-entspannung-ohne-entwarnung-94038383.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Ems-Vechte-Welle: UKW 99,3

Standortauswahl für Endlager für hochradioaktive Abfälle: Mülbrecht Breer und Polat fordern schnellere Untersuchung von unbewerteten Flächen

14. November 2025 12:54 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Der Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Nicolas Mülbrecht Breer aus Haselünne, und die Grünen-Bundestagsabgeordnete Filiz Polat sprechen sich dafür aus, dass im Rahmen des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle schnell unbewertete Flächen untersucht werden müssen. In einer Mitteilung der beiden Abgeordneten heißt es, dass zahlreiche Gebiete im südlichen Emsland nach derzeitigem Stand noch nicht eingestuft wurden. Dazu zählen unter anderem Salzstöcke in Wahn, Lathen und Börger. Die Endlagersuche müsse schneller vorangebracht werden, um mehr Klarheit für die betroffenen Regionen zu schaffen, so Mülbrecht Breer. Insgesamt sei das wissenschaftsbasierte, ergebnisoffene und transparente Standortauswahlverfahren zu begrüßen, heißt es in der Mitteilung weiter. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte kürzlich neue Zwischenergebnisse im Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle veröffentlicht. Demnach kommen im Landkreis Emsland weiterhin mehrere Regionen infrage. Im südlichen Emsland wurden mehrere Gebiete als ungeeignet oder gering geeignet eingestuft.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Stuttgarter Nachrichten

Endlagersuche in der Region: Kein Atommüll in Herrenberg

14. November 2025 11:48 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.100.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wolfgang Berger 14.11.2025 - 11:48 Uhr Das Info-Mobil zur Endlagersuche machte auch in Stuttgart Station. Foto: Lichtgut/Archiv

Herrenberger Flächen scheiden bei der Suche nach einem **Atommüll-Endlager** aus. Die untersuchten Gebiete haben sich als wenig geeignet herausgestellt. Link kopiert

Die Suche nach einem **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle in Deutschland schreitet voran. Seit 2020 läuft ein gesetzlich geregeltes Verfahren, in dem das gesamte Bundesgebiet systematisch auf seine Eignung geprüft wird. Ziel ist es, bis 2050 einen Standort zu bestimmen, der den bestmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt garantiert. Auch Flächen auf Herrenberger Gemarkung waren Teil der Untersuchung. Jetzt steht fest: Sie werden nicht weiterverfolgt. Das teilt die Stadt Herrenberg mit.

Lage im Gebiet „Moldanubikum“ Die betroffenen Flächen in Herrenberg sind demnach Teil des sogenannten Gebiets „Moldanubikum“. Laut der für die Standortsuche zuständigen Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) wurden etwa 90 Prozent der Fläche in diesem Teilgebiet der Kategorie C (geringe oder keine Eignung) zugeordnet. Weitere rund fünf Prozent wurden als Kategorie D (ungeeignet) bewertet. Die restlichen fünf Prozent befinden sich noch in der Bearbeitung oder haben die bisherigen Überprüfungen bereits bestanden.

Die untersuchten Flächen in Herrenberg selbst wurden vollständig der Kategorie C zugeordnet. Sie gelten somit als wenig oder nicht geeignet für ein **Endlager** und werden im weiteren Verfahren nicht mehr berücksichtigt.

Unsere Empfehlung für Sie

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

G Gäubote

Endlager für hochradioaktive Abfälle: Herrenberger Flächen werden nicht weiterverfolgt

14. November 2025 10:33 | Medienart: Online | Visits/Monat: 170.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Suche nach einem **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle in Deutschland schreitet voran. Seit 2020 läuft ein gesetzlich geregeltes Verfahren, in dem das gesamte Bundesgebiet systematisch auf seine Eignung geprüft wird. Ziel ist es, bis 2050 einen Standort zu bestimmen, der den bestmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt garantiert. Auch Flächen auf Herrenberger Gemarkung waren Teil der Untersuchung.

Jetzt steht fest: Sie werden nicht weiterverfolgt.

Die Standortsuche unterliegt dem Standortauswahlgesetz (StandAG) und ist in drei Phasen untergliedert. Dabei wird großer Wert auf wissenschaftliche Kriterien, Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit gelegt. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist für die Durchführung zuständig, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) übernimmt die Fachaufsicht.

In Phase I wurden zunächst 90 Teilgebiete ausgewiesen, die günstige geologische Voraussetzungen aufweisen könnten – sie umfassen rund 54 Prozent der Bundesfläche. Seitdem werden diese Teilgebiete stufenweise weiter untersucht. Herrenberg liegt im Teilgebiet „Moldanubikum“. Auch Flächen in Herrenberg sind Teil des sogenannten Teilgebiets „Moldanubikum“. Im Rahmen der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen hat die BGE aktuelle Arbeitsstände veröffentlicht. Sie zeigen: Etwa 90 Prozent der Fläche im Teilgebiet „Moldanubikum“ wurden der Kategorie C (geringe oder keine Eignung) zugeordnet. Rund fünf Prozent wurden als Kategorie D (ungeeignet) bewertet. Weitere fünf Prozent befinden sich noch in der Bearbeitung oder haben die bisherigen Überprüfungen bereits bestanden. Die untersuchten Flächen in Herrenberg selbst wurden vollständig der Kategorie C zugeordnet. Sie gelten somit als wenig oder nicht geeignet für ein Endlager und werden im weiteren Verfahren nicht mehr berücksichtigt.

Ziel ist es, bis Ende 2027 erste Empfehlungen für Standortregionen vorzulegen. Die BGE arbeitet derzeit daran, aus den verbleibenden geeigneten Flächen konkrete Vorschläge für Standortregionen zu entwickeln. Diese werden anschließend in Phase II übertägig untersucht. In Phase III folgen dann untertägige Erkundungen zur endgültigen Standortfestlegung. Nach Prüfung durch das BASE sowie Beteiligung der Öffentlichkeit entscheidet der Bundestag über das weitere Vorgehen. Dieser Schritt erfolgt zum Ende jeder der drei Phasen.

Die Endlagersuche ist ein über Jahrzehnte angelegtes Verfahren. Derzeit befindet sich das Verfahren in einem frühen Stadium – Erkundungen vor Ort haben noch nicht begonnen. Weitere Informationen bietet die interaktive Plattform „Endlagersuche-Navigator“ der BGE sowie die Webseite des BASE <https://www.base.bund.de/-gb->

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus

15. November 2025 10:18 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Demo am 4. Oktober in Ahaus – Vorbereitung auf den Tag X1

Sturm und Regen hielten über 500 Menschen nicht davon ab, in Ahaus gegen die inzwischen genehmigten Castor-Transporte zu protestieren und reichlich Tam-Tam zu machen – auch wenn sich NRW-Landesvater Hendrik Wüst wünscht, dass die 152 Transporte mit hochradioaktiven Müll* über die maroden NRW-Autobahnen ohne Tam-Tam über die Bühne gehen.

Der Demo-Zug bewegte sich vom Ahauser Rathaus zum Kreisverkehr, über den die 152 Castoren per Spezial-Lkw ins Zwischenlager rollen sollen. Ob diese größte Castor-Lawine aller Zeiten noch gestoppt werden kann? Der BUND hat dagegen Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. (TERZ 10.2025) Die Linke ist gegen die heiklen Transporte, die Grünen haben den Wahnsinn trotz Regierungsverantwortung nicht verhindert und sind sich intern nicht einig. In Wortbeiträgen im Rahmen der Demo machten sich der Vertreter der Linken, Hubertus Zdebel, und seine Kollegin von den Grünen, Andrea Schoo, gegenseitig Vorhaltungen. Schade, dass hier der so dringend nötige Zusammenhalt nicht gezeigt wurde. Die Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und haben Angst. Denn letztendlich ist das Debakel um die Castor-Transporte sowie die Zwischen- und **Endlagerung** der hochradioaktiven Abfälle ein unfassbares politisches Versagen.

Die Anti-**Atomkraft**-Organisationen bereiten sich derweil intensiv auf umfangreiche Proteste zwischen Jülich und Ahaus an einem möglichen Tag X1 vor, dem Tag des ersten Castor-Konvois über die Autobahnen von NRW. So wird es an diesem Tag zum Auftakt um 18 Uhr zeitgleich vor dem Forschungszentrum Jülich und am Bahnhof in Ahaus zu Protest-Aktionen kommen.

Inzwischen ist Ende Oktober, doch es gibt noch immer keine Anzeichen für den Start des Castor-Transports. Die achtwöchige Vorbereitungszeit der Polizei nach Erteilung der Transportgenehmigung läuft jetzt ab. Doch die Eilklage des BUND NRW vor dem Verwaltungsgericht Berlin ist offenbar so brisant, dass sie den Start derzeit blockiert – zu hoffen ist, dass sich daran, zumindest bis zum Jahresende, nichts ändert!

Unterdessen geht die allgemeine Mobilisierung weiter: Am 2. November spricht die Ahauser BI als Gast auf dem Landesparteitag der Linken in Essen Am 14. Dezember findet um 14 Uhr vor dem Zwischenlager Ahaus wieder der große Advents-Sonntagsspaziergang statt, um gemeinsam am Jahresende Kraft für das kommende Jahr zu tanken Bei den Grünen naht Ende November die Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover. Es liegt ein Antrag zu Castor- und **Atom Müll**-Transporten vor, doch der wird von der Parteispitze derzeit blockiert. Deshalb liegt dazu ein Gegenantrag von **atomkritischen** Grünen vor. Dokumentiert wird die grüne Debatte hier: <https://antraege.gruene.de/51bdk/vorschlag-zur-tagesordnung-43594/23604>

Wer wissen möchte, was es mit dem hochradioaktiven Inhalt der Jülicher Castoren, die aus 300.000 tennisballgroßen Kugeln bestehen, auf sich hat, kann auf Wikipedia die von unfassbaren Skandalen, Störfällen, Kontaminationen und deren Vertuschung gespickte Geschichte des Versuchskernkraftwerks AVR Jülich (**Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich**) nachlesen. Es war der erste deutsche Hochtemperaturreaktor (HTR) und wurde von 1961 bis 1988 betrieben.

[1] BI „Kein Atommüll in Ahaus“ Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster BUND NRW e.V. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
